

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesens

vom: 24.01.2002
von: 16:00 Uhr
bis: 18:15 Uhr
Ort: Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Schul- und Bildungswesen

Höpfner-Diezemann, Ute - als Vorsitzende -
Bell, Achim - für Stv Bertelmann, Hans-Günter -
Flohren, Angelika
Gierlich, Michael - für Stv Dittert, Katrin -
Groß, Michael
Kleine, Sancho-Antonio
Pfeifer, Joachim
Sallen, Georg - für von der CDU-Fraktion noch nicht benanntes ordentliches Mitglied
Schleifenbaum, Dorothea
Schlosser, Karpeter - für AM Schuß, Lothar -
Sintzen, Gerlinde
Trittmann, Klaus
Wolf, Marianne

II. Beratende Mitglieder:

Ax, Bernd
Bär, Jochen
Bernshausen, Egon
Burk, Friedrich
Dzaak, Evelyne
Elemenler, Muhammed
Jüngst, Werner - für AM Dr. Karbach, Walter -
Krämer, Ingrid
Leonhardt, Helgard
Schütte, Brigitte
Utsch, Ute

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Bell bestimmt.

13. AfSuB 24.01.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

13. AfSuB 24.01.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

13. AfSuB 24.01.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

13. AfSuB 24.01.2002

**5. Beratung des Verwaltungsentwurfs von Haushaltssatzung /
Haushaltsplan 2002 einschließlich des Investitionsprogramms 2001 -
2005**

Herr Baumeister geht auf die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, vor deren Hintergrund die Haushaltsplangestaltung 2002 zu sehen ist.

Der *Verwaltungshaushalt* weist einen originären Fehlbetrag (strukturelles Defizit) i. H. v. 1,1 Mio. € aus. Inklusive der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2000 ergibt sich ein Gesamtfehlbetrag i. H. v. 24,8 Mio. €. Zu bedenken ist, dass auf der Einnahmeseite in 2002 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt aus Veräußerungserlösen von RWE-Aktien i. H. v. 6 Mio. € einkalkuliert ist, durch die der originäre Fehlbetrag 2002 in dem genannten Rahmen gehalten werden kann. Das Defizit aus 2001 beläuft sich auf weitere 22,3 Mio. €, so dass zur Abdeckung der Gesamtliquiditätslücke der

Kasse (rd. 50 Mio. €) permanent fremdes Geld in Form von Kassenkrediten geliehen werden muss.

Da die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,4 % gesteigert wurden, ist der Hauptgrund für den nicht ausgeglichenen Haushalt 2002 auf der Einnahmeseite zu suchen. Insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen ist für die Situation verantwortlich.

Im Entwurf noch nicht berücksichtigt sind erhebliche Verschlechterungen aufgrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002.

Im Entwurf des *Vermögenshaushaltes* konnte die Ausweisung einer Netto-Neuverschuldung vermieden werden. Das Investitionsvolumen beträgt 21,3 Mio. €. Dies erhöht sich durch die Änderungsliste, in der diejenigen Maßnahmen aufgeführt sind, die in 2001 veranschlagt waren, aber nicht zur Ausführung gelangten, um 4,7 Mio. €. Eine Ausweitung der Neuverschuldung aufgrund der Änderungsliste erfolgt dennoch nicht.

Der Schuldenstand beläuft sich zur Zeit auf rd. 103 Mio. €.

Die Laufzeit des fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzept währt bis in das Jahr 2008.

Im Anschluss erläutert Herr Baumeister die Besonderheiten im Rahmen des den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen betreffenden Einzelplanes 2.

In Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sind Ausgaben in einer Höhe von fast 20 Mio. € veranschlagt. Dies stellt eine Steigerung gegenüber den beiden Vorjahren dar. Zum 01.01.2002 hat das Land die Fördermodalitäten von den bisherigen Zweckzuweisungen auf an den Schülerzahlen orientierte Pauschalzuweisungen an die Städte und Gemeinden umgestellt. 500 Mio. € stehen dem Land insgesamt zur Verteilung zur Verfügung. Der Schritt zur Gewährung der sogenannten Schulpauschalen ist im Sinne der Stärkung kommunaler Eigenverantwortung zu begrüßen. Es bleibt zu hoffen, dass das Land die Fördermittel dauerhaft auf vergleichbarem Niveau wie in diesem Jahr bereitstellt. Zu bedenken ist jedoch, dass die Gelder nur deshalb in einer solchen Größenordnung zur Verfügung stehen, weil die Fördertöpfe mehrerer Zweige zusammengefasst wurden und im Schulbereich ausgeschüttet werden. Auf den anderen Gebieten sind folglich erhebliche Kürzungen bis hin zu Streichungen der Fördermittel zu beklagen.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen sieht der Haushaltsentwurf der Stadt Siegen vor, aus den Mitteln der Schulpauschale 1,5 Mio. € *zusätzlich* für die Unterhaltung der Schulen bereitzustellen. Mit den ohnehin etatisierten Unterhaltungsmitteln i. H. v. 1,935 Mio. € ergibt sich eine Gesamtsumme von 3,435 Mio. €, womit dem Unterhaltungsstau wirksam entgegengewirkt werden kann. In 2001 standen zum Vergleich inklusive des vom Rat beschlossenen Sonderprogrammes umgerechnet 3,3 Mio. € zur Verfügung. Künftig wird die Schulpauschale auch im Bereich investiver Ausgaben herangezogen werden müssen.

Als große Investitionsmaßnahme ist die Veranschlagung des Umbaus und der Erweiterung sowie dem Neubau einer Sporthalle an der Realschule Eiserfeld enthalten.

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen des Rates der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Zu folgenden Positionen werden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht.

ALLGEMEINE ANMERKUNGEN

Herr Pfeiffer möchte wissen, in welchem Rahmen der Stadtkämmerer gedenkt, im Jahresabschluss 2001 Haushaltsausgabereste zu bilden. Insbesondere fragt er, wie mit den 600 TDM, die im Laufe des Jahres 2001 für die Sanierung des Hallenbades Löhrtor gesperrt wurden, verfahren werden soll.

Vorsorglich fordert er, nicht verausgabte Mittel prinzipiell als Haushaltsrest zu übertragen. Diese Forderung basiert auf folgenden Gründen:

- Nachhaltigkeit eine längerfristige, konstante Bereitstellung von Mitteln muss erreicht werden,
- Planungssicherheit eine klare Transparenz muss sich auch in der Bildung von Haushaltsresten widerspiegeln,
- solider Haushalt Zur Unterhaltung müssen jährlich 2,5 bis 3 Mio. € zur Verfügung gestellt werden.

Frau Schleifenbaum setzt sich dafür ein, die in 2001 nicht verausgabten Schulbauunterhaltungsmittel, die letzten Endes durch das aufgelegte Sonderprogramm finanziert sind, in höchstmöglicher Höhe (Mittelrahmen 2001 abzüglich kassenwirksame Ausgaben) zur Finanzierung der nach 2002 zu übertragenden unerledigten Aufträge (rd. 1,1 Mio. DM) zu bilden. Weiterhin fordert sie die Rückführung der Sperrre (600 TDM), die seinerzeit zur Sanierung des Hallenbades Löhrtor vorgenommen wurde. Auch diese Mittel sind als Rest zu übertragen.

Herr Baumeister sagt zu, die in 2001 auferlegte Sperre zugunsten des Hallenbades Löhrtor i. H. v. 600 TDM aufzuheben und die dadurch freiwerdenden Mittel als Haushaltsausgabereist nach 2002 zu transportieren. Die höchstmögliche Bildung darüber hinausgehender Reste (nach seiner überschläglichen Berechnung rd. 250 T€) zur Finanzierung aus in 2001 nicht erledigter Aufträge kann er nicht zusagen, da im Rahmen des Jahresabschlusses erhebliche Einnahmeausfälle über Einsparungen zu kompensieren sind. Nur über diesen Weg kann eine seriöse, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Haushaltspolitik betrieben werden. Gesetzlich bedingte Mehrausgaben wurden immer und werden auch weiterhin selbstverständlich finanziert.

Zu Überlappungen unerledigter Aufträge in das jeweils nächste Haushaltsjahr kommt es in jedem Jahresabschluss, so Herr Dr. Rohr. Ziel muss sein, zu einem festen, ausreichenden und unverrückbaren Budget für die Schulen zu kommen. Auswirkungen durch künftige bauliche Maßnahmen sind im Auge zu behalten. Die in den Entwurf eingestellten Bauunterhaltungsmittel für 2002 i. H. v. rd. 3,5 Mio. € sind aus fachlicher Sicht ein guter Kompromiss. Wenn diese Gelder tatsächlich umgesetzt werden können, kommt man dem Ziel des Abbaus des Unterhaltungsstaus ein gutes Stück näher.

Herr Groß verweist auf Bereiche des Haushaltes, in denen enorme Ausgaben getätigt werden, daher sollte auch der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen Prioritäten setzen und entsprechende Forderungen, insbesondere im Unterhaltungsbereich, stellen. Da die Entscheidung über die Bildung von

Haushaltsresten gemäß der Gemeindeordnung dem Kämmerer obliegt, regt er an, statt der Bildung von Haushaltsresten (auch im Fall Sperre „Löhrtor“) die entsprechende Erhöhung der Ansätze zu fordern. Er beantragt die *volle* Zurverfügungstellung der Schulpauschale im Einzelplan 2, um dem Unterhaltungsstau sinnvoll entgegenzuwirken.

Auf Frage von Herrn Groß, in welchen Grenzen zur Verfügung stehende Mittel aufgrund personeller Kapazitäten der Hochbauverwaltung überhaupt umgesetzt werden können, antwortet Herr Krieger, dass bereits die gemäß Entwurf bereitstehenden Gelder voraussichtlich nur unter Inanspruchnahme externer Hilfe umgesetzt werden können.

Frau Flohren fragt, ob für Investitionen vorläufig Kreditaufnahmen getätigt werden können und die Schulpauschale als Gegenfinanzierung des Schuldendienstes (Zinsen und Tilgung) herangezogen werden kann, um gewünschte Ziele schneller zu erreichen.

Herr Baumeister verdeutlicht, dass hierin zwar ein diskutabler Vorschlag gesehen werden kann, doch würde dies eine Steigerung der Schuldenbelastung bedeuten.

Auf Antrag von Frau Schleifenbaum wird die Sitzung von 17.25 Uhr bis 17.40 Uhr unterbrochen.

Beschlussempfehlung (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die volle Zurverfügungstellung der Fördermittel aus der Schulpauschale im Einzelplan 2.

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 11 dagegen, 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung (auf Antrag von Frau Schleifenbaum):

Vor dem Hintergrund der Zusage des Kämmerers, die in 2001 auferlegte Sperre zugunsten des Hallenbades Löhrtor i. H. v. 600 TDM aufzuheben und die daher freiwerdenden Mittel als Haushaltsausgaberest nach 2002 zu übertragen appelliert der Rat der Stadt Siegen an den Kämmerer, darüberhinaus die in 2001 nicht verbrauchten Schulbauunterhaltungsmittel in größtmöglicher Höhe (Mittelrahmen 2001 abzüglich kassenwirksame Ausgaben) zur Finanzierung der in das Jahr 2002 zu übertragenden unerledigten Aufträge als Haushaltsausgabereste nach 2002 zu übertragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSHAUSHALT**HHSt. 1.230.4100.3 - Persönliche Ausgaben SN A**

Frau Wolf möchte wissen, aus welchem Grund der Ansatz 2002 im Vergleich zu den Vorjahren um rd. 80 T€ reduziert wurde.

Die Kalkulation der zuständigen Personalverwaltung liegt Herrn Kessler nicht vor. Er wird den Ausschuss in geeigneter Weise informieren.

Anmerkung zur Niederschrift:

Ursachen für die Reduzierung sind:

- *Bereinigung der Zuordnung zwischen. außerschulischer Nutzung (Sport) und Schule,*
- *Verschiebung / korrigierte Zuordnung in eine andere Schulform sowie*
- *Auswirkungen von Umstrukturierungen der Hausmeisterdienste in geringem Umfang*

VERMÖGENSHAUSHALT**HHSt. 1.200.9352.5 - Sonderprogramm Erwerb bewegl. Vermögen**

Auf Frage von Frau Höpfner-Diezemann antwortet Herr Kessler, dass die Schulverwaltung die Bereitstellung von Finanzmitteln in 2002 begrüßen würde. Das Sonderprogramm 2001 wurde in voller Höhe verausgabt.

Beschlussempfehlung (auf Antrag von Frau Höpfner-Diezemann):

Auf HHSt. 1.200.9352.5 „Sonderprogramm Erwerb bewegl. Vermögen“ werden 100 T€ in Ansatz gebracht. Die Deckung erfolgt über im Verwaltungshaushalt veranschlagte Bauunterhaltungsmittel aus der Schulpauschale (Epl. 2, Grupp. 5010).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

HHSt. 1.200.9353.3 - Technikausstattung Schulen

Auf Herrn Erners Erläuterung, dass in der Änderungsliste eine Erhöhung des Ansatzes um 50 T€ vorgesehen ist, zieht Herr Pfeiffer seinen Antrag auf zusätzliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln i. H. v. 52 T€ zurück.

HHSt. 1.270.9402.0 - Umbau, Erweiterung (einschl. Schulhofgestaltung)

Herr Groß beantragt, für den Neubau des Unterstufenschulhofes der

Pestalozzischule zusätzlich 35 T€ vorzusehen.

Wenn neben dem Ansatz von 8.000,00 € die Restmittel aus 2001 i. H. v. 7.669,00 € übertragen werden, ist eine Erhöhung um 15 T€ ausreichend, meint Frau Schleifenbaum.

Die Dringlichkeit der Maßnahme lässt sich auf Auskunft von Herrn Dr. Rohr aus pädagogischen Aspekten begründen. Aufgrund einer „abgespeckten“ Kostenplanung beziffert er den Mittelbedarf auf 35 - 40 T€.

In der Hoffnung, dass der Kämmerer die Restmittel aus 2001 überträgt, ändert Herr Groß seinen Antrag dahingehend, dass er die Bereitstellung von 30 T€ in 2002 für den Neubau des Unterstufenschulhofes der Pestalozzischule fordert. Um eine Gesamtausschreibung zu ermöglichen, regt er an, eine Verpflichtungsermächtigung über den darüber hinausgehenden Bedarf einzustellen.

Eine Verpflichtungsermächtigung ist nach Ansicht von Herrn Kessler entbehrlich.

Herr Dr. Rohr hat den politischen Willen zur Kenntnis genommen und wird sich, wenn der Rat der Empfehlung folgt, dafür einsetzen, dass bis zur vollständigen Realisierung der Maßnahme genügend Geld zur Verfügung steht.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Groß):

Auf der Haushaltsstelle 1.270.9402.0 „Umbau, Erweiterung (einschl. Schulhofgestaltung)“ werden 30 T€ zum Neubau des Unterstufenschulhofes der Pestalozzischule bereitgestellt. Sollten diese Mittel zur endgültigen Fertigstellung nicht ausreichen, so sind im künftigen Haushaltsjahr die Restmittel zu etatisieren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Investitionsprogramm

- keine Anmerkungen -

Beschluss:

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen des Rates der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, *unter Berücksichtigung der v. g. Änderungen* die Haushaltssatzung / den Haushaltsplan 2002 einschließlich des Investitionsprogrammes 2001 - 2005 gemäß Entwurf zu beschließen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

13. AfSuB 24.01.2002

6. Sachstandsbericht zum Schülerzeitungswettbewerb „Das ist unser Siegen“

Vorlagenr. 1656/2002

- Vorlage vom 03.01.2002

Herr Kleine bedauert die geringe Beteiligungsquote. Dennoch sollte in 2003 eine Neuauflage des Wettbewerbs erfolgen. Die Motivation des Adressatenkreises zur Teilnahme ist nach Möglichkeit zu steigern.

Es gibt zu viele Angebote zur Teilnahme an Wettbewerben in dieser oder ähnlicher Form, trägt Frau Höpfner-Diezemann vor.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

13. AfSuB 24.01.2002